



Amtsblatt

Nr. 06/2015

03. März 2015

ausgegeben am:

Nr.	Gegenstand	Seite
1	Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Lünen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lünen vom 02.03.2015	32
2	Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lünen vom 02.03.2015	41

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Lünen

Das Amtsblatt ist kostenlos erhältlich bei der Stadt Lünen, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen an der Informationsloge des Rathauses, im Internet unter www.luenen.de/amtsblatt oder per E-Mail: buero.buergermeister@luenen.de

Auskunft Telefon: 02306 104-1260

Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Lünen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lünen vom 02.03.2015

Aufgrund der §§ 1, 27 und 31 des Gesetzes über Aufbau der Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. Mai 1980 (GV NW S. 528) in der zurzeit gültigen Fassung wird gemäß Beschluss des Rates der Stadt Lünen vom 19. Februar 2015 von der Stadt Lünen als örtliche Ordnungsbehörde für das Gebiet der Stadt Lünen folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1 Begriffsbestimmungen

Straßen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder eine öffentlich rechtliche Widmung alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen (Verkehrsflächen).

Zu den Verkehrsflächen gehören

- a) Fahrbahnen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Durchlässe, Unterführungen, Dämme, Rinnen, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Park-, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Bushaltestellen, Buchten, Geh- und Radwege, Flächen sonstiger Zweckbestimmungen, die mit der Benutzung und Einrichtung der Straße in Zusammenhang stehen (z.B. verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzone), Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.
- b) Begrünungen, Beete und Zierbrunnenanlagen im Straßenbereich

Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen

- c) Park- und Grünanlagen sowie sonstige Grünflächen, Waldungen, Uferwanderwege, Kinderspielplätze, Sportanlagen, Schulhöfe, Bäder, Kleingartenanlagen, sonstige Erholungs- und Freizeitanlagen, Friedhöfe
- d) Wasserbecken und Brunnen
- e) Seen und Teiche und alle sonstigen Wasserflächen und Gewässer sowie Bach- und Flussläufe nebst Böschungen und Ufern

Als Anlagen gelten auch:

- f) alle der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Ruhebänke, Fernsprech-, Wetterschutz-, Toiletten- und ähnliche Einrichtungen.
- g) Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln und –säulen, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Katastrophenschutz-, Baustellen-, Kanalisations-, Entwässerungs- und andere Entsorgungseinrichtungen sowie Straßen- und Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtzeichenanlagen, Schaltkästen, Wartehallen.

Zu den Straßen und Anlagen gehört auch der sich darüber befindliche Luftraum.

§ 2 Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen

- (1) Verkehrsflächen und Anlagen dürfen nur im Rahmen ihrer Zweckbestimmung und bei fehlender oder zweifelhafter Zweckbestimmung nur in der üblichen Weise genutzt werden.
- (2) Park- und Grünanlagen sowie sonstige Erholungs- und Freizeitanlagen mit Ausnahme der Flächen, deren Betreten ausdrücklich oder nach ihrer Bestimmung erlaubt ist, dürfen von Unberechtigten außerhalb der Wege nicht betreten werden.
- (3) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen befindliche Ausstattungsgegenstände (z.B. Bänke, Papierkörbe, Spiel- und Sportgeräte) dürfen nur bestimmungsgemäß genutzt werden.

Untersagt ist:

- a) auf Verkehrsflächen und in Anlagen unbefugt Bäume, Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken, deren Bestand zu gefährden oder sonst wie zu verändern;
- b) auf Verkehrsflächen und in Anlagen aufgestellte Gegenstände und Einrichtungen (wie z.B. Bänke, Tische, Einfriedungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder) unbefugt zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen, zu beschmutzen, zu bemalen oder zu bekleben;
- c) Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;
- d) jedes Verhalten, das andere Personen in der berechtigten Nutzung mehr als den Umständen nach behindern oder belästigen kann, z. B. durch den Genuss von Alkohol und Rauschmitteln, Trunkenheit, Betteln;
- e) auf Verkehrsflächen oder in Anlagen zu nächtigen, Campingfahrzeuge oder Zelte aufzustellen oder zu benutzen;
- f) auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Feuer anzuzünden oder Grillgeräte zu gebrauchen;
- g) gewerbliche Betätigungen in Anlagen, vor öffentlichen Gebäuden (wie z.B. vor Kirchen, Schulen und Friedhöfen) oder im Einzugsbereich von Ein- und Ausgängen auszuüben,
- h) die Anlagen zu befahren. Dies gilt nicht für Unterhaltungs- und Notstandsarbeiten sowie für das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühle, sofern Besucher der Anlagen nicht behindert werden.

§ 3 Verunreinigungsverbot

- (1) Jede Verunreinigung von Verkehrsflächen oder Anlagen ist untersagt. Unzulässig ist insbesondere:
 - a) das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat, Lebensmittelresten, Papier, Glas, Konserven oder sonstiger Verpackungsmaterialien sowie von scharfkantigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;
 - b) das Ausschütten jeglicher Schmutz- und Abwässer, das Ablassen und die Einleitung von Chemikalien, Öl und benzinhaltigen oder sonstigen feuergefährlichen, bodenverunreinigenden, ätzenden oder übel riechenden Stoffen auf Verkehrsflächen und Anlagen oder die Einleitung dieser Flüssigkeit in Straßenkanäle;

- c) der Transport von Flugasche, Flugsand oder ähnlichen Materialien auf offenen Lastkraftwagen, sofern diese Stoffe nicht abgedeckt oder in geschlossenen Behältnissen verfüllt worden sind;
- d) Verkehrsflächen oder Anlagen zu beschriften, zu bemalen, oder dieses zu veranlassen;
- e) das Anbringen, Aufstellen, Verteilen von Plakaten, Anschlägen, Plakatständern, Handzetteln und anderen Werbemitteln jeder Art oder dieses zu veranlassen, insbesondere an Bäumen, Haltestellen, Wartehäuschen, Strom- und Ampelkästen, Lichtmasten, Signalanlagen, Verkehrszeichen, Abfall- und Recycling-Behältern sowie an den im Angrenzungsbereich zu den Verkehrsflächen und Anlagen gelegenen Einfriedungen, Hauswänden und sonstigen Einrichtungen und Gegenständen.

Dies gilt nicht für die von der Stadt genehmigte Nutzungen sowie für bauaufsichtsrechtlich zugelassene Werbeanlagen.

Hat jemand Verkehrsflächen oder Anlagen – auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis – verunreinigt oder die Verunreinigung veranlasst, so muss er unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes sorgen.

§ 4 Schutzvorkehrungen an Grundstücken

- (1) Grundstückseinfriedungen müssen so hergestellt und unterhalten werden, dass angrenzende Verkehrsflächen oder Anlagen ohne eine Gefahr für Personen oder Sachen benutzt werden können. Insbesondere darf Stacheldraht an Einfriedungen von Grundstücken zur Straße hin nur innenseitig angeschlagen werden, so dass eine Verletzung von Passanten ausgeschlossen ist. Außenseitig ist zusätzlich glatter Draht anzubringen. Auf Einfriedungen an Straßen, die niedriger als 1,5 m sind, dürfen keine spitzen oder scharfen Gegenstände angebracht sein.
- (2) Hecken und ähnliche Einfriedungen dürfen nicht in die Straße hineinragen. Bäume, Äste und Zweige müssen über Gehwegen und Radfahrwegen mindestens 2,50 m, über Fahrbahnen mindestens 4,50 m vom Erdboden entfernt gehalten werden. Einzäunungen und Anpflanzungen jeder Art an Straßen- oder Wegkreuzungen, - einmündungen und -kurven sind entweder durchsichtig oder so niedrig zu halten, dass durch sie der Straßenverkehr nicht behindert wird.
- (3) Schneeüberhang und Eiszapfen an Gebäuden, insbesondere an Dachrinnen, sind von Gebäudeeigentümern oder den Inhabern der tatsächlichen Gewalt oder Sachherrschaft zu entfernen, wenn Personen oder Sachen dadurch gefährdet werden können.
- (4) Blumentöpfe und -kästen sind gegen Herabstürzen zu sichern.
Frisch gestrichene, öffentlich zugängliche Gegenstände und Flächen sind durch einen auffallenden Hinweis kenntlich zu machen.

§ 5 Abdeckungen

Hydranten, Kontrollschächte, Grundwassermessbrunnen, Gasabsperrarmaturen, Einläufe von Straßenkanälen, Einstiege und Abdeckungen von Ver- und Entsorgungsleitungen sowie die dazu gehörenden Hinweisschilder dürfen nicht verdeckt werden.

§ 6 Fäkalien und Dung

- (1) Abortgruben, Kleinkläranlagen, Schlammfänge für Wirtschaftsabwasser sowie alle anderen Gruben oder Behälter, die gesundheitsschädliche oder übelriechende Stoffe aufnehmen, sind so rechtzeitig zu entleeren bzw. zu reinigen, dass die Wirkungsweise

der Anlage nicht beeinträchtigt wird oder Dritte durch den Betrieb dieser Anlage nicht belästigt werden.

- (2) Die vorstehend genannten Stoffe dürfen nur in dichten und geschlossenen Fahrzeugaufbauten, Behältern u. ä. transportiert werden. Dieses gilt auch für Kadaver und sonstige ekelerregende Stoffe. Eine Verunreinigung des Transportweges muss ausgeschlossen sein.
- (3) Grundstücke in Wohngebieten und landwirtschaftlich genutzte Flächen dürfen nur gedüngt werden, wenn die Fäkalien noch am gleichen Tage untergepflügt oder untergegraben werden. Grünland darf nur gedüngt werden, wenn witterungsbedingt keine erheblichen Belästigungen zu erwarten sind.

§ 7 Tierhaltung

- (1) Das Umherführen und zur Schau stellen von Tieren zum Zwecke der Werbung, der Bettelei oder zum Sammeln von Spenden ist auf Verkehrsflächen und in Anlagen nicht gestattet.
- (2) Die Anleinplicht von Hunden im Stadtgebiet richtet sich nach den Vorschriften des Hundegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz– LHundG NRW-) vom 18.12.2002, soweit nicht nachfolgend anderes bestimmt ist.

Im Seepark Lünen-Horstmar besteht ein generelles Aufenthaltsverbot für Hunde im Strand- und im Grillbereich. Dieser Bereich beginnt am „Apothekergarten“. Er ist im weiteren Verlauf durch folgende Wege begrenzt:

- Im Osten durch den mit dem Grillbereich beginnenden schmalen Asphaltweg, der in den in Richtung Norden verlaufenden Schwansbeller Weg mündet und nachfolgend den Schwansbeller Weg bis zum Seekiosk. Der Seekioskbereich mit der dazugehörigen Holzterrasse incl. Zugang zum Kiosk ist hiervon ausgenommen.
- Im Norden durch die vom Seekiosk bis zur Bastion/ Skulptur verlaufenden Promenade.
- Im Südwesten durch eine gedachte Linie über den See von der Bastion/ Skulptur zum südlichen Grillbereich.

Weiterhin besteht eine generelle Anleinplicht für alle Hunde im Parkbereich. Dieser wird begrenzt durch die Preußenstraße und die Preußenhalde im Süden, durch die Seseke im Osten, durch den Datteln-Hamm-Kanal im Norden sowie durch die Eisenbahnlinie und die Gewerbestandstücke an der Scharnhorststraße im Westen.

Die Bereiche sind im Lageplan „Anlage 1“ dargestellt, der Bestandteil dieser ordnungsbehördlichen Verordnung ist.

Im Bürgerpark Gahmen besteht eine generelle Anleinplicht für den gesamten Parkbereich. Der Bereich wird begrenzt durch die Gahmener Straße, die Süggelpromenade, den Betriebsweg „Mahlbach“ sowie die Straßen Kümperheide und Varstbruch.

Im Bereich zwischen der Straße Varstbruch und der Süggelpromenade besteht ein eingefriedeter Hundeplatz. Innerhalb der Einfriedung des Platzes besteht keine Anleinplicht.

Der Bereich ist im Lageplan „Anlage 2“ dargestellt, der Bestandteil dieser ordnungsbehördlichen Verordnung ist.

- (3) Das Mitführen von Hunden auf Kinderspielplätzen, Bolzplätzen und Schulhöfen mit Ausnahme von Blindenführhunden ist nicht gestattet.
- (4) Halter und Führer von Tieren, insbesondere Pferde und Hunde, haben die durch die Tiere verursachten Verunreinigungen auf Verkehrsflächen oder in Anlagen unverzüglich und schadlos zu beseitigen.

- (5) Wildlebende Tauben, Enten und Schwäne dürfen nicht gefüttert werden.

§ 8 Windvögel und Drachen

- (1) Das Auflassen von Windvögeln, Drachen und ähnlichen Geräten ist im Abstand von weniger als 100 m von Freileitungen untersagt.
- (2) Die Länge der verwendeten Auflassungsleinen darf 100 m nicht übersteigen.

§ 9 Nutzung von Kinderspiel- und Bolzplätzen

- (1) Schulhöfe, Kinderspiel- und Bolzplätze dienen dem Aufenthalt von Personen bis zum Alter von 15 Jahren, soweit durch Beschilderung des Betreibers keine andere Altersgrenze festgelegt ist.
- (2) Der Aufenthalt auf Schulhöfen- Kinderspiel- und Bolzplätzen ist tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit, längstens jedoch bis 20.00 Uhr erlaubt.
- (3) Der Konsum von Alkohol, Tabakwaren und anderen gesundheitsgefährdenden Stoffen ist untersagt.

§ 10 Nummerierung von Gebäuden

- (1) Jeder Eigentümer oder sonst dinglich Berechtigte eines bebauten Grundstückes ist verpflichtet, am Hauptgebäude die ihm zugeteilte Hausnummer anzubringen. Die Hausnummer muss von der Straße erkennbar sein und lesbar erhalten werden.
- (2) Die Hausnummer ist unmittelbar neben dem Hauseingang deutlich sichtbar anzubringen. Liegt der Haupteingang nicht an der Straßenseite, so ist sie an der zur Straße gelegenen Hauswand oder Einfriedung des Grundstückes, und zwar an der dem Haupteingang zunächst liegenden Hauswand anzubringen. Ist ein Vorgarten vorhanden, der das Wohngebäude zur Straße hin verdeckt oder die Hausnummer nicht erkennen lässt, so ist sie an der Einfriedung neben dem Eingangstor bzw. der Eingangstür zu befestigen, ggfls. separat anzubringen.
- (3) Bei Umnummerierung darf das bisherige Hausnummernschild während einer Übergangszeit von einem Jahr nicht entfernt werden. Es ist mit roter Farbe so durchzustreichen, dass die alte Nummer noch deutlich lesbar bleibt.

§ 11 Abstellen, Reinigen und Instandsetzen von Fahrzeugen

- (1) Das Abstellen nicht fahrbereiter oder nicht zum Straßenverkehr zugelassener Kraftfahrzeuge und Anhänger auf Verkehrsflächen und in Anlagen ist verboten.
- (2) Es ist untersagt, Fahrzeuge und Anhänger auf Verkehrsflächen oder in Anlagen zu waschen, zu spülen oder in sonstiger Form zu reinigen, zu warten oder mit Ausnahme der sofortigen Pannenbeseitigung instand zu setzen.

§ 12 Abfallbehälter

Soweit aus Trinkhallen, Imbissstuben, Speiseeisständen und ähnlichen Verkaufsstellen Lebensmittel zum sofortigen Verzehr verkauft werden, haben die Gewerbetreibenden Abfallbehälter in ausreichender Größe sichtbar aufzustellen oder anzubringen und rechtzeitig zu entleeren.

Außerdem muss der Gewerbetreibende in einem Umkreis von 20 m von dem Ort, an dem er sein Gewerbe ausübt, alle Abfälle von Waren, die er verkauft, einsammeln und einer ordnungsgemäßen Entsorgung bzw. Verwertung zuführen.

§ 13 Skateboards, BMX-Räder, Inlineskater

- (1) Das Errichten und Aufstellen von Einrichtungen für den Betrieb von Skateboards, BMX-Räder und ähnlichen Gegenständen ist auf Verkehrsflächen und in Anlagen verboten.
- (2) Die Benutzung von Skateboards, Inlineskatern und ähnlichen Gegenständen in Fußgängerzonen ist nicht erlaubt.

§ 14 Aufstellen von Veranstaltungszelten, Zirkus- und Schaustellergeschäften, Wohnwagen u. ä.

Das Aufstellen von Veranstaltungszelten mit Zubehör, Ponyreitbahnen, Karussells, Schieß-, Schau- und Verkaufsständen und ähnliche Einrichtungen sowie hierzu gehörende Zugfahrzeuge, Wohn-, Pack- und Gerätewagen auf Privatgrundstücken ist nur mit Erlaubnis der Ordnungsbehörde zulässig.

§ 15 Ausnahmen

Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die örtliche Ordnungsbehörde auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen. Die Ausnahmen können unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

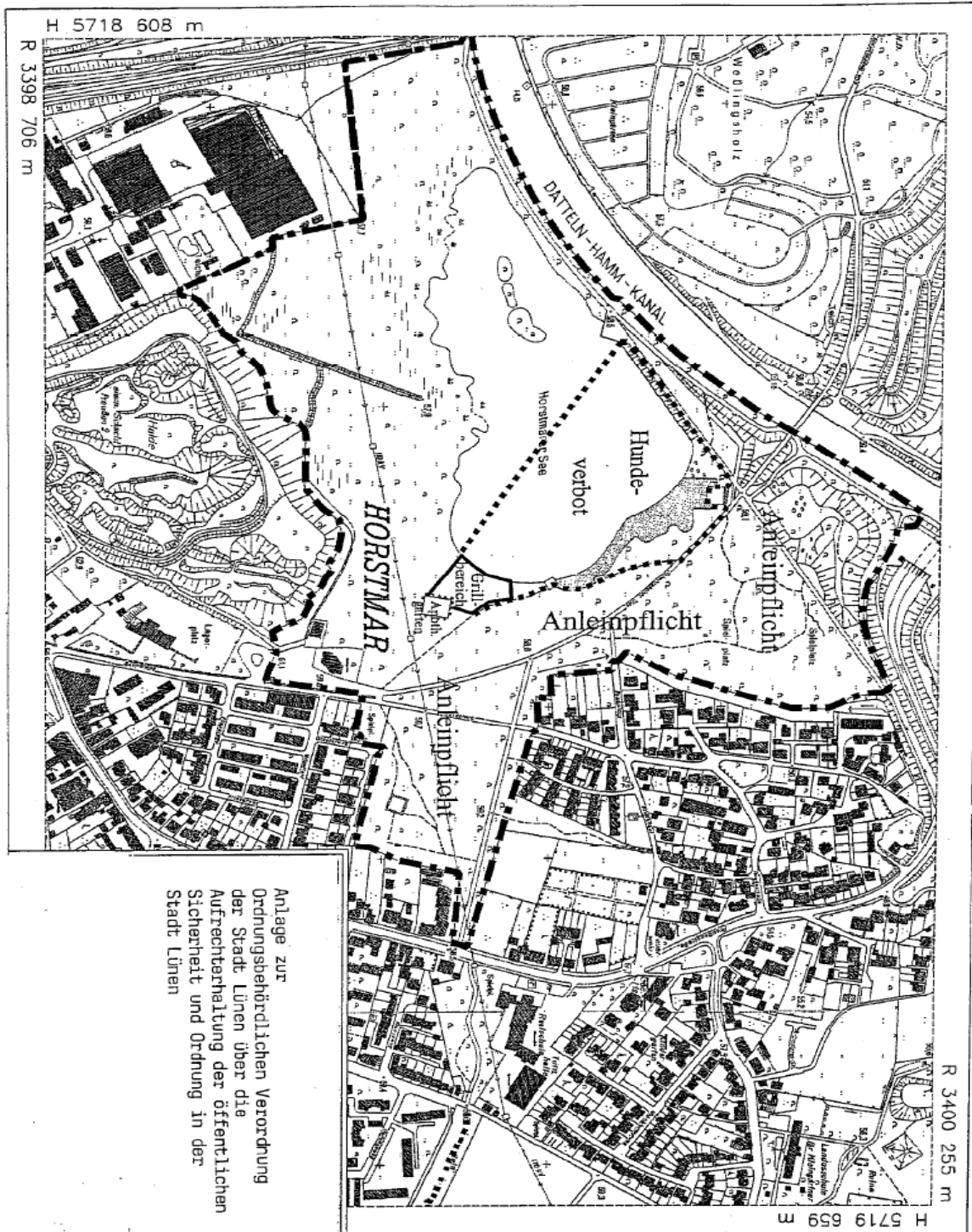
- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
die Schutzpflichten hinsichtlich der Verkehrsflächen und Anlagen gemäß § 2,
das Verunreinigungsverbot gemäß § 3,
die Schutzvorkehrungen gemäß § 4,
das Abdeckungsverbot gemäß § 5,
die Vorschrift über Dung und Fäkalien gemäß § 6,
die Tierhaltungspflicht gemäß § 7,
das Auflassungsverbot von Windvögeln, Drachen u. ä. Geräten gemäß § 8,
die Verbote hinsichtlich der Nutzung von Kinderspiel- und Bolzplätzen sowie Schulhöfen gemäß § 9,
die Hausnummerierungspflicht gemäß § 10,
das Abstell- und Instandsetzungsverbot oder das Reinigungsverbot von Kraftfahrzeugen gemäß § 11,
das Gebot über das Aufstellen und Anbringen von Abfallbehältern gemäß § 12,
das Verbot über Skateboard- und BMX-Anlagen und die Nutzung von Skateboards, Inlineskatern und ähnlichen Gegenständen gemäß § 13,
die Erlaubnispflicht für das Aufstellen von Veranstaltungszelten, Zirkus- und Schaustellergeschäften u. ä. gemäß § 15,
der Verordnung verletzt.

Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) in der zurzeit gültigen Fassung geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 17 Inkrafttreten

Die Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Lünen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lünen tritt am 01.04.2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Lünen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lünen vom 01.10.1991 in der Fassung der 4. Änderungsverordnung vom 16.02.2009 außer Kraft.

Anlage 1 „Seepark Lünen-Horstmar“



Anlage 2 „Bürgerpark Lünen-Gahmen“



Bekanntmachungsanordnung:

Vorstehende **Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Lünen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Lünen vom 02.03.2015** wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) -in der zur Zeit gültigen Fassung- beim Zustandekommen dieser Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich verkündet worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lünen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lünen, den 02.März 2015

Der Bürgermeister



Hans Wilhelm Stodollick

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lünen vom 02.03.2015

Aufgrund des § 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV NRW S. 516) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeits- und Technischen Gefahrenschutzes (ZustVO ArbtG) vom 25.01.2000 (GV NRW S. 54), in der jeweils gültigen Fassung, wird für die Stadt Lünen verordnet:

§ 1

- (1) Im Bezirk des Stadtteils Lünen-Mitte und des Stadtteils Lünen-AltLünen dürfen alle Verkaufsstellen am Sonntag, 29.03.2015, am Sonntag, 31.05.2015, am Sonntag, 04.10.2015 und am Sonntag, 06.12.2015, jeweils in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, geöffnet sein.
- (2) Im Bezirk des Stadtteils Lünen-Süd dürfen am Sonntag, 14.06.2015 die Verkaufsstellen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein.
- (3) Im Bezirk des Stadtteils Lünen-Brambauer dürfen am Sonntag, 17.05.2015 alle Verkaufsstellen in der Zeit von 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr geöffnet sein

§ 2

- (1) Der Stadtteil Lünen-Mitte ist wie folgt begrenzt:

Im Westen durch die alte Trasse der Rührenbecke bis zur Lippe; westlich der Straße „An der Wethmarheide“

im Norden durch das südliche Ufer der Lippe von der Einmündung der Rührenbecke bis zur Einmündung des Wevelsbaches, Wevelsbach (alte Stadtgrenze –verrohrt-) bis zur Grenzstraße/ Einmündung Wevelsbacher Weg;

im Osten durch die Grenzstraße, östliches Ende der Thomas–Mann–Straße, Münsterstraße/ Einmündung Zwolle Allee, Zwolle Allee bis zum nördlichen Lippe-Ufer;

im Süden durch den Datteln-Hamm-Kanal von der Dortmunder Straße bis zur Eisenbahnbrücke zwischen der Straße „Brückenkamp“ und der Kamener Straße.

- (2) Der Stadtteil Lünen-AltLünen ist wie folgt begrenzt:

Im Westen durch die Lippe ab der Stadtgrenze Lünen/ Waltrop;

im Norden durch die Stadtgrenze Lünen/ Selm;

im Osten durch die Stadtgrenze Lünen/ Werne;

im Süden durch die Lippe ab der Stadtgrenze Waltrop/Lünen bis zum Einfluss des Wevelsbaches (verrohrt), bis zur Grenzstraße/ Wevelsbacher Weg, Münsterstraße, westl. Seite der Zwolle Allee, ehem. Bergehalde, nördl. Lippeufer.

- (3) Der Stadtteil Lünen-Süd ist wie folgt begrenzt:

Im Westen durch den Süggebach ab der südl. Blücherstraße bis zur Bahnstraße; Leezenpatt zwischen der Bahnstraße und der Straße „Auf der Leibzucht“, „Auf der Leibzucht“, Jägerstraße ab der Straße „Auf der Leibzucht“ bis zur Brücke der Bundesautobahn A 2;

im Norden durch den Datteln-Hamm-Kanal von der südl. Blücherstraße bis zur Eisenbahnbrücke östlich des Preußen-Hafens;

im Osten durch die Eisenbahnlinie Münster-Dortmund vom Datteln-Hamm-Kanal bis zur Brücke der Bundesautobahn A 2 östlich der Straße „Niersteheide“;

im Süden durch die Bundesautobahn A 2 zwischen den Brücken Jägerstraße und „Niersteheide“.

(4) Der Stadtteil Lünen-Brambauer ist wie folgt begrenzt:

Im Süden und Westen durch die Stadtgrenze Dortmund /Lünen;

im Norden durch die Stadtgrenze Waltrop /Lünen zwischen der Achenbachstraße und dem Datteln-Hamm-Kanal;

im Osten durch den Datteln-Hamm-Kanal zwischen dem Stumm-Hafen und östlich der Straße „An der Wethmarheide“/ Hönninghauser Straße.

§ 3

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig außerhalb der in § 1 zugelassenen Geschäftszeiten Verkaufsstellen offen hält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz –LÖG NRW) mit einer Geldbuße bis zu 500,00 Euro geahndet werden.

§ 4

Diese Verordnung tritt nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Vorstehende **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Lünen vom 02.03.2015** wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) -in der zur Zeit gültigen Fassung- beim Zustandekommen dieser Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich verkündet worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lünen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lünen, den 02. März 2015

Der Bürgermeister



Hans Wilhelm Stodollick